Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 270. **für Anhalt und Thüringen.** **Jahrgang 206.**

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal. — **Gratis-Beilagen:** Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Illustrierte Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (Für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telephon 8108 u. 8109; Redaktionstelephon 8110. Chefredakteur: Dr. **Strasser-Zeidegg**, Halle (Saale).

Donnerstag, 12. Juni 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telephon Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von **Otto Thiele**, Halle (Saale).

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 11. Juni 1913.

Am Bundesratstisch: v. Heeringen, Dr. Delbrück, einige Zeit nach Eröffnung der Sitzung Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg.

Präsident **Dr. Kaempf** eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 18 Minuten.

Die zweite Beratung der

Wehrvorlage

wurde fortgesetzt.

Abg. **Erzberger** (Ztr.): Die ersten Früchte der Berner Konferenz haben wir gestern hier erfahren. Herr Noske hat es mit seinen 4½ Stunden immerhin noch gnädig gemacht; hat sein Parteigenosse Jaurès doch angekündigt, daß er drei Tage hintereinander sprechen wolle. (Heiterkeit.) Charakteristisch ist, daß das Auftreten der Sozialdemokraten der Militärvorlage gegenüber nicht mehr so energisch ist, wie es in ihrer Presse gefordert worden ist. Während hier die Heeresvorlage als riesengroß und unerhört hingestellt wird, sagen die französischen Sozialdemokraten: Was Deutschland durchführe, könne kein Grund für die Einführung der dreijährigen Dienstzeit sein. Haben nun die deutschen oder die französischen Sozialdemokraten recht? (Sehr gut!) Wie denkt sich Herr Noske die Verminderung der persönlichen Opfer? Er will doch das Milizsystem haben und alle jungen Leute mit der Waffe ausbilden. Das ist einer der vielen Widersprüche seiner Rede. Es ist auch anerkannt, daß das Milizsystem nicht billiger sein wird, als das stehende Heer. Die körperliche Widerstandsfähigkeit unseres Volkes steht außer Zweifel, wenn auch Besserungen möglich und erwünscht sind. Ungerecht aber war es, unser Flugwesen herabzusetzen. Vor allen Dingen sollte man gegen die tapferen, mutigen Offiziere, die jeder Zeit ihr Leben aufs Spiel setzen, keine Angriffe erheben; der **Dank des Volkes muß ihnen hier ausgesprochen werden.** (Lebhaftes **Bravo!**) Die Vorkommnisse bei der Abnahme bei der **Firma Krupp sind verwerflich;** hier muß grundsätzliche Änderung eintreten. Wann wird übrigens die Kommission für die Waffenlieferungen eingesetzt werden? Wenn Herr Noske von einem uneingelösten Königswort gesprochen hat, so kann ich darauf hinweisen, daß der Kaiser vor 25 Jahren zugesagt hat, daß **ihn die Liebe zum deutschen Heere nie in Versuchung führen werde, dem Lande die Wohltat des Friedens zu verkümmern.** Niemand wird bestreiten, daß der Kaiser dieses Wort gehalten hat. (Lebhafter Beifall.) **Das deutsche Volk ist ihm dankbar dafür.** (Erneuter Beifall.) Wir sehen das Heer an als Mittel zur Friedenserhaltung und von diesem Gesichtspunkt aus sind **wir bereit, an die Bewilligung der Vorlage heranzutreten in der Voraussetzung, daß keine Ausgaben-Bewilligung ohne gleichzeitige Deckung vorgenommen wird.** Ruinieren wir die Finanzen, so treiben wir eine Politik, die zum Fiasko führen muß. Wenn Frankreich sich mit den Verhältnissen abfinden würde, wie sie auf dem Frankfurter Frieden festgelegt worden sind, so wäre eine Basis für eine Verständigung gegeben. Daß Deutschland ein stärkeres Heer gebraucht, als Frankreich, ist selbstverständlich, denn wir haben gegebenenfalls uns gegen mehrere Fronten zu wenden. Die französische Heeresvorlage ist völlig unabhängig, wie auch Millerand konstatierte, von der unsrigen. Es ist ausgeschlossen, daß Frankreich seine Vorlage zurückzieht, wenn wir unsere zurückziehen. Die geforderte Zahl von Offizieren ist nicht anzufechten, bewilligen wir Soldaten, so müssen wir auch die nötigen Offiziere dazu haben. Die beste Garantie für den Frieden ist gegeben, wenn Deutschland so stark ist, daß das Risiko, gegen uns anzustürmen, zu groß ist. Wir sehen die Militärvorlagen **als ein ausgezeichnetes Instrument für die Aufrechterhaltung des Friedens an für das deutsche Volk und somit für Europa.** (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. **Dr. Semler** (Natl.): Die gegenwärtige Situation erinnert daran, daß **Windthorst** das Wort geprägt hat: Wir bewilligen jeden Mann und jeden Groschen! Trotz dieser Zusicherung wurde seinerzeit vom Zentrum die Vorlage zu Fall gebracht, da durch den Antrag Stauffenberg das Septennat abgelehnt wurde. Das Resultat war die Auflösung des Reichstages. Wenn auch heute jeder Mann und jeder Groschen bewilligt werden soll, so kommen doch noch vielleicht Bedingungen, über die schließlich die Heeresvorlage fällt. **Wir Nationalliberalen bewilligen jeden Mann und jeden Groschen, ja auch weiter noch jedes Pferd.** (Heiterkeit.) So wie Frankreich uns bekämpft hat, so finden wir es auch jetzt stets auf der Seite unserer Gegner. Der Zweibund Frankreichs mit Rußland hat nach unserer Ansicht eine offensive Spitze gegen Deutschland. Dieser Geist des Hasses in Frankreich ist durch freundliches Entgegenkommen unsererseits nicht zu beseitigen. **Je stärker wir sind, desto unwahrscheinlicher ist der Krieg.** — Redner wandte sich sodann militärischen Einzelheiten zu und meinte, der einjährige Freiwilligendienst müsse reformiert werden, tüchtige Leute aus allen Berufen sollten zur Prüfung zugelassen werden. Damit würden auch die höheren Lehranstalten entlastet werden. Die vornehmen Regimenter mit rein adligen Offizierkorps müssen bei allem Respekt vor Traditionen beseitigt werden. Leider bemühen sich einzelne Kommandeure nur adlige Offiziere für ihre Truppenteile zu gewinnen. **Das ist verwerflich.** (Sehr gut!) Die Worte des Herrn Noske, daß die Armee bald der Sozialdemokratie ausgeliefert sei, war eine Überhebung. **Noch ist die Armee ein Bollwerk des monarchischen Gedankens,** solange keine Ungerechtigkeit den monarchischen Gedanken zerstört. Das gibt uns zu denken. Wir müssen dafür sorgen, daß es bei der Beratung der Deckungsvorlagen unter den bürgerlichen Parteien keinen Sieger und keine Besiegten gibt. (Sehr richtig! bei der Mehrheit, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung muß dafür sorgen, daß die Unzufriedenheit im Volke nicht noch wächst und dann hat die Phantasie des Herrn Noske ihre Schuldigkeit getan. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Gans Edler Herr zu Putlitz** (Kons.): Bei der jetzigen Vorlage mußten wir prüfen, ob für eine weitere Rüstung der nötige Anlaß vorliegt. Wir konnten uns nicht verhehlen, daß sich die politischen Verhältnisse im Laufe des letzten Jahres außerordentlich verschärft haben, auch konnten wir nicht an den Rüstungen der Nachbarländer vorübergehen. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands wird mit den 180 000 Rekruten, die jährlich mehr eingestellt werden sollen, noch nicht erschöpft werden. Der Kavallerie sind in neuerer Zeit derartig viel neue Aufgaben entstanden, daß wir die **Verantwortung nicht auf uns nehmen können, die Regierungsvorlage in dieser Hinsicht abzuschwächen.** Die Kommandogewalt ist im letzten Grunde eine Stärkung des Heeres, ihre Einschränkung können wir nicht billigen. Wenn die Sozialdemokratie von Vaterland spricht, so hat sie ein anderes Ziel im Auge, als wir. Unser Vaterland kennt sie nicht, sie strebt nach einem **internationalen.** Bezeichnend dafür ist auch, daß Abg. Noske wieder von Jena gesprochen hat. (Lachen bei den Soz. Zurufe: Hat ja kein Wort davon gesagt!) Wenn Abg. **Noske den Kapitalismus bekämpfen will, so muß er für die** Aufrechterhaltung des jetzigen Regimes in Deutschland eintreten; denn nur die Monarchie ist der stärkste Damm gegen die kapitalistischen Strömungen. Wir wollen keinen Krieg, aber wir wollen, daß, wenn wir einen Krieg bekommen, wir so stark sind, wie wir nur sein können, sonst laden wir eine Verantwortung auf uns, die wir nicht tragen können. Wir sind überzeugt, daß auch das Volk die **neuen großen Lasten tragen kann ohne Hemmnis seiner wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse.** (Beifall rechts.)

Abg. **Dr. Müller-Meiningen** (Fortschr. Vpt.): Der Vorwurf der Verschleppung dieser Vorlage trifft nicht die Linke. Trotzdem hat Dr. Oertel in einer „heimbodentreuen" Rede dem Reichskanzler empfohlen, den **Reichstag aufzulösen** oder sein Amt niederzulegen, wenn nicht bis Ende Juni die Vorlage bewilligt sei. Niemand anders als die Rechtsparteien sind es, die an der Verschleppung schuld sind. (Lachen rechts. — Abg. Dr. Oertel betritt den Saal.) Das **corpus delicti** liegt jetzt vor (Große Heiterkeit), auf den weiteren Inhalt der Oertelschen Rede komme ich aber nicht zurück. (Dr. Oertel verbeugt sich und verläßt wieder den Saal. — Schallende Heiterkeit.) Die Regierung ist schuld an der späten Verabschiedung, denn sie hat diese Milliardenvorlage einem abgehetzten übermüdeten Parlament erst im April übermittelt. Eine gewisse Nervosität war da erklärlich, und wir konnten nicht darauf verzichten, genaue Aufklärungen darüber zu verlangen, ob eine solche Heeresvermehrung wirklich notwendig sei. Der Mangel an Übersichtlichkeit erschwerte uns die Arbeit wesentlich. Die Kavallerie bedarf nicht einer so starken Vermehrung, die letzten Kriege beweisen dies. Auf gewisse Geheimstellen kann das Militär nicht verzichten, bei dem Spionagegesetz muß aber mit größter Vorsicht vorgegangen werden. Ich frage den Kriegsminister, ob nicht der **größte Verbrecher aller Zeiten, der Oberst Redl,** auch deutsche Militärgeheimnisse verraten hat? Lehren sind auch für Deutschland aus diesem traurigen Fall zu ziehen. Zu Pessimismus ist aber hinsichtlich unserer Verhältnisse zu den Nachbarländern kein Anlaß. Die **Reformbedürftigkeit der Militärjustiz** ist allerseits anerkannt worden. Die Kommandogewalt darf nicht bei jeder Gelegenheit vorgeschoben werden. Hier ist eine **Jubiläumsgabe an das deutsche Volk** sehr am Platze.

Sodann ergriff das Wort

Reichskanzler **Dr. v. Bethmann Hollweg:**

Meine Herren, der Herr Vorredner hat soeben mit einem Appell an mich geschlossen, indem er auseinandergesetzt hat, was meine oberste Pflicht jetzt wäre. Es handelt sich um die Armee. Meine Herren, meine oberste Pflicht gegenüber der Armee ist, dafür zu sorgen, daß sie in der Treue zum Kaiser, in der festen Disziplin und in ihrer unbeugsamen Organisation, die durch nichts Fremdes gebrochen wird, aufrecht erhalten wird. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das ist die Pflicht, die ich der Armee und dem Volke gegenüber habe. In Ihrer Kommission hat sich eine entschiedene Mehrheit für die Wehrvorlage ausgesprochen. In einzelnen Positionen ist Meinungsverschiedenheit geblieben. Darüber wird im weiteren Verlauf der Debatte zu sprechen sein, insonderheit über die Anzahl

der Kavallerie-Reimenter,

welche aufzustellen sind. Ich überlasse zunächst die weiteren Ausführungen meinem Nachbar, dem Herrn Kriegsminister, aberich will schon jetzt für meinen Teil betonen: Die Forderung, die wir Ihnen in der Vorlage unterbreitet haben, bezüglich der sechs Kavallerie-Regimenter, ist eine Forderung, die wir zur Sicherung des gesamten Heeresgefüges und zur besonderen Sicherung der Grenzprovinzen, welche im Ernstfalle am ersten bedroht sein würden, aufrecht erhalten müssen (Lebhafte Zustimmung rechts), und ich richte die ernste Bitte an Sie, daß Sie in dieser Beziehung in voller Erkenntnis und Würdigung des Schutzes, der den Bewohnern des Landes gewährt werden muß, den Beschluß der Kommission revidieren mögen. (Erneute Zustimmung rechts.) Ich würde die Tatsache, daß die Wehrvorlage im ganzen in der Kommission eine so große ausgesprochene Mehrheit gefunden hat, abschwächen, wenn ich heute auf die Gründe zurückkommen wollte, welche zu dieser Vorlage geführt haben und deren Stichhaltigkeit von der Mehrheit der Kommission anerkannt worden ist. Ich nehme das Wort, nachdem von einigen Seiten der

Zusammenhang zwischen Wehr- und Deckungsvorlage

besprochen und eine Auskunft darüber erbeten worden ist, wie sich die Regierung zu dieser Frage stellt. Meine Herren, der Standpunkt der Verbündeten Regierungen ergibt sich klar und deutlich aus der Lage der gesamten Dinge. Wie ist die Situation? Es ist ein unbedingtes Erfordernis, daß die Heeresverstärkung unverzüglich ins Werk gesetzt wird. Das ist das oberste Gesetz, nach dem ich meine Haltung regeln muß, und bis in alle ihre Konsequenzen hinein regeln werde. (Lebhafter Beifall rechts.) Daneben steht die Forderung, daß die Finanzen weder des Reiches noch der Bundesstaaten erschüttert werden; auch sie sind ein zwingender Bestandteil der Bereitschaft des Reiches. (Lebhafte Zustimmung.) Die Verbündeten Regierungen sind dieser Forderung vollauf nachgekommen, wir haben Ihnen volle Deckung vorgeschlagen. Daß ebenso wie in der Kommission auch in diesem Hohen Hause eine ausgesprochene Mehrheit für die Wehrvorlage vorhanden ist, daran zweifle ich nicht. Und daß sie deshalb angenommen werden wird, darauf vertraue ich zuversichtlich. Das Gleiche gilt bezüglich der außergewöhnlichen Maßregel, die wir Ihnen zur Deckung der außergewöhnlich hohen einmaligen Kosten vorgeschlagen haben, bezüglich des

Wehrbeitrages.

Auf die Einzelheiten, wie sich dieser Wehrbeitrag in der Kommission bisher gestaltet hat, gehe ich jetzt nicht ein; wir stehen noch vor der zweiten Kommissionslesung. Eine Einigung ist bisher noch nicht gefunden, noch nicht in allen Punkten gefunden, über die Deckung der laufenden Kosten. Sie, die Sie die Wehrvorlage bewilligen wollen, wollen Sie doch nicht bloß auf dem Papier bewilligen, Sie wollen sie bezahlen. Deshalb ist es, m. H., Ihre Pflicht, eine Einigung zu suchen über die Fragen der Deckung der laufenden Kosten, soweit die Einigung noch nicht erzielt worden ist. Den Weg zu dieser Einigung haben wir Ihnen in unseren Vorlagen gewiesen. (Bewegung), und ich bin fest überzeugt, die Einigung wird gefunden werden, weil sie gefunden werden muß.

Meine Herren! Ein Volk, das in der Mehrheit seiner parlamentarischen Vertretung zu der Gewißheit gekommen ist, daß seine Wehrmacht verstärkt werden muß, weil es die Sicherheit und der Schutz des Vaterlandes verlangt, dieses Volk hat ein Recht darauf, daß ihm dieser Schutz auch wirklich gewährt wird. (Sehr richtig! rechts.) Auf dem Wege, den wir eingeschlagen haben, gibt es kein Zurück. Meine Herren! Wir können — keiner von uns, nicht Sie, nicht wir hier — wir können nicht das Volk um den Schutz betrügen, von dem wir überzeugt sind, daß er ihm not tut. (Sehr richtig! rechts.) Das wäre eine Versündigung am Vaterland. Deswegen werde ich mich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß die Wehrvorlage zu dem Zeitpunkt ins Werk gesetzt wird, den die Vorlage vorsieht, und ich werde mit Ihnen mit Nachdruck arbeiten und, wenn es not tut, auch kämpfen, daß die Mittel bereitgestellt werden, die dazu führen. (Beifall.) Wenn ich nicht dazu fest entschlossen wäre, dann hätte ich die Vorlage überhaupt nicht eingebracht. Ich meine, meine Herren, Sie, die Sie in der Kommission für die Wehrvorlage gestimmt haben, müssen derselben Ansicht sein. Deshalb, meine Herren, lassen Sie uns jetzt handeln, und ein Werk zum Abschluß bringen, für dessen Scheitern kein Mensch die Verantwortung tragen kann. (Sehr richtig! rechts, lebhafter Beifall, große Bewegung im ganzen Hause.)

Abg. **v. Liebert** (Rpt.): Die Kavallerie ist für den Kriegsfall von höchster Bedeutung. Wir stimmen der Heeresvorlage zu und werden uns bemühen, die **Abstriche der Kommission wiederherzustellen.** (Beifall rechts.)

Abg. **Colshorn** (Welfe): Bei der ersten Lesung haben wir uns abwartend verhalten, da die Verhältnisse auf dem Balkan noch völlig ungeklärt waren und wir über Einzelheiten noch Aufklärung haben mußten. Die Notwendigkeit der Stärkung unserer Wehrmacht erkennen wir an. Wir stimmen der Vorlage zu, wie sie die Kommissionsberatung verlassen hat.

Abg. **Bassermann** (Natl.): Der Reichskanzler hat die rechtzeitige Verabschiedung der Heeresvorlagen ein Gebot **nationaler Notwendigkeit genannt, der sich alle Rücksichten**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191306122-16/fragment/page=0001

unterordnen müssen. Das ist auch unser Standpunkt. Daß der Wehrbeitrag zustandekommen muß, ist auch unsere Auffassung. In wachsendem Maße werden aber Beschwerden laut über die jetzige Gestaltung des Wehrbeitrages. Ich hoffe, daß die Regierung mit gewohnter Energie (Heiterkeit) sich für die Regierungsvorlagen einsetzen wird. Daß die Deckungsvorlage im Sommer erledigt wird, ist unumgänglich notwendig und ich hoffe, daß wir zu einer Einigung kommen werden, und zwar auf dem Boden einer Reichsbesitzsteuer. Damit nicht auf die Matrikularbeiträge zurückgegriffen werden muß. Das Verlangen nach Reformen ist berechtigt angesichts der großen Belastung. Die Forderung der sechs neuen Kavallerieregimenter ist nach unserer Meinung begründet.

Darauf vertagte sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Weiterberatung.

Schluß 6¾ Uhr.

Das badische Großblockabkommen.

Das streng geheim gehaltene Ergebnis der vor etwa 14 Tagen gepflogenen Besprechungen zwischen den Vertretern der Liberalen und der Sozialdemokraten Badens ist nun doch in der Sozialistenpresse ausgeplaudert worden. Danach ist in der Tat ein teilweises Großblockabkommen schon für den ersten Wahlgang zustandegekommen. Es erstreckt sich auf die Wahlkreise Lahr-Stadt, Heidelberg-Ebersbach, Heidelberg-Wiesbach, Schwetzingen-Land und angeblich auf noch zwei andere ländliche Kreise. In diesen Wahlkreisen haben die Fortschrittler wie die Nationalliberalen sich entgegen dem Kleinblockabkommen, das ein gesamtliberales Vorgehen zur Grundlage hatte, verpflichtet, mit eigenen Kandidaten getrennt aufzutreten. Der Zweck ist der, die bis jetzt in sozialdemokratischem Besitz befindlichen Wahlkreise der Sozialdemokratie zu erhalten. Durch das liberal-sozialdemokratische Abkommen soll dafür gesorgt werden, daß die betreffenden Kreise jedenfalls in den zweiten Wahlgang gebracht werden, „für den dann das Großblockabkommen übers ganze Land abgeschlossen werden soll". Die sozialdemokratische Freiburger „Volkswacht" erläutert diese rosa-rote Taktik folgendermaßen:

„Wird Wacker in einem dieser Wahlkreise die Zentrumsstimmen dem Fortschrittler oder dem Nationalliberalen zuführen, so erhält der nationalliberale oder fortschrittliche Kandidat trotzdem keinesfalls die Majorität. Der Sozialdemokrat ist nichtaus dem Felde geschlagen. Im zweiten Wahlgang kann die fortschrittliche und nationalliberale Kandidatur zurückgezogen werden. Der Sozialdemokrat ist gewählt und Wacker bleibt mit den Zentrumsstimmen in der Minderheit."

Diese Taktik ist ein Seitenstück zu dem Barnimer rosa-roten Vorgehen. Die Liberalen verzichten von vornherein auf Mandatsgewinn in jenen von der Sozialdemokratie beanspruchten Wahlkreisen, um das allgemeine Großblockabkommen für die Stichwahlen nicht zu gefährden. Ehrlicher wäre es ja, wenn die Liberalen in jenen Wahlkreisen überhaupt auf eine Kandidatenaufstellung verzichteten und schon im ersten Wahlgange für die „Genossen" einträten. Aber sie wollen den Schein wahren und ihre Wähler hinters Licht führen. Deshalb sollte das partielle Abkommen mit der Sozialdemokratie auch unverbrüchlich geheim gehalten werden. Aber kann man es den „Genossen" verdenken, wenn sie diesen neuesten Erfolg ausposaunen und die in die Enge getriebenen, von ihnen abhängigen Liberalen auslachen?

Am Vorabend eines neuen Balkankrieges.

Die Mächte verkennen den Ernst der Lage auf dem Balkan nicht. Alles kommt darauf an, daß der Friede erhalten wird. Während die Wiener „Neue Fr. Pr." zu melden weiß, daß in allerkürzester Zeit ein

gemeinsamer Schritt der Mächte

bei den bisherigen verbündeten, nun entzweiten Balkanstaaten erfolgen werde, um ernstlich zum Frieden zu mahnen, hat Rußland bereits durch seinen Gesandten in Belgrad darauf gerichtete Schritte unternehmen lassen. Den Belgrader Blättern zufolge hat der König bereits am Dienstag den russischen Gesandten Hartwig in Audienz empfangen. Der Gesandte habe dem Wunsche Rußlands nach einer friedlichen Lösung des serbisch-bulgarischen Zerwürfnisses Ausdruck gegeben. In dem hierauf abgehaltenen Ministerrate sei der Gesetzentwurf über die Annektion der vom serbischen Heere eroberten Gebiete durchberaten worden.

Das serbische Regierungsblatt „Samouprava" erklärt, daß die serbische Regierung zunächst alle friedlichen Mittel versuchen werde, um durch gütliche Austragung des Streites mit Bulgarien dem Friedensbedürfnisse der zivilisierten Welt, deren Sympathien dem serbischen Volke teuer seien, Rechnung zu tragen. Serbien habe sein Recht nicht durch einen Gewaltakt schmälern wollen, als welcher die Annektion vor der Erschöpfung aller friedlichen Mittel erscheinen müßte. Das jungradikale Parteiblatt „Odjek" gibt der Besorgnis Ausdruck, daß das Kabinett Paschitsch gewillt sein könnte, Zugeständnisse zu machen, welche mit den vom serbischen Volke aufgestellten Forderungen in Widerspruch stehen würden. Der Ministerpräsident bezwecke offenbar durch ein Hinausschieben der Entscheidung, den Großmächten Gelegenheit zu bieten, sich in die serbisch-bulgarische Streitfrage einzumischen.

In der gestrigen Sitzung der serbischen Skupschtina stellte der jungradikale Parteiführer Draskowitsch fest, daß der Minister des Innern in der gestrigen Sitzung den Jungradikalen Feigheit vorgeworfen habe. Da der Minister diese Beleidigung nur teilweise zurückziehen wolle, so betrachteten die Jungradikalen den Minister als ehrlos und würden dementsprechend handeln. Hierauf setzten die Jungradikalen die Obstruktion gegen den Gesetzentwurf über den Donauhafen in Prahova fort.

Der serbische Generalstabschef Putnik, welcher einem unter Vorsitz des Königs abgehaltenen Ministerrate beigewohnt hatte, ist nach Uesküb zurückgekehrt.

Von Kämpfen zwischen Serben und Bulgaren

erzählt folgender Bericht:

Nach einer Drahtung aus Istip kam es dort zwischen serbischen Truppen und einer bulgarischen Bande zu einem heftigen Kampfe, der mit dem Rückzuge der bulgarischen Bande endete. Auch bei Tikoisch ist es nach einer Meldung aus Florina zu einem heftigen Kampf zwischen Serben und Bulgaren gekommen, über den jedoch nähere Einzelheiten noch nicht vorliegen. Prinz Georg hat sich nach Uesküb begeben, um wieder in die Front der serbischen Armee einzutreten. Einem Redakteur der „Politika" erklärte der Prinz, er wolle im Falle eines etwaigen Krieges einer der ersten sein, die in Bulgarien einzögen.

In einem Belgrader Vorort wurde ein Bulgare verhaftet, der angeblich Reserveoffizier ist und in dringendem Verdacht steht, Spionage zugunsten Bulgariens getrieben zu haben.

Der Ernst der Lage.

Die Ungarische Fluß- und Seeschiffahrts-Gesellschaft erhielt die Meldung, daß auf allen Linien der Bulgarischen Staatsbahn der gesamte Güterverkehr mit Ausnahme von Sendungen an das Kriegsministerium, an die staatlichen Behörden, an das Rote Kreuz und an das Königliche Palais eingestellt wurde.

Nach einer Londoner Meldung ist ein

gemeinsamer Kriegsplan des serbischen und griechischen Generalstabs

gegen Bulgarien ausgearbeitet worden. Die Griechen und Serben werden danach auf der Linie Kossowo-Cewgholi nach Pangkäon vorgehen. Die serbischen Truppen bilden die Mitte und den linken Flügel, die Griechen den rechten Flügel. Sie werden von der Flotte unterstützt. — Merkwürdig, daß man dem Feinde schon vorher sagt, wie man marschieren will.

Auch Montenegro will mittun.

Die Blätter in Cetinje sind amtlich davon verständigt worden, daß Montenegro im Falle eines Krieges zwischen Serbien und Bulgarien auf seiten Serbiens stehe. Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß Montenegro in letzter Zeit verschiedene Proviant- und Munitionstransporte aus Serbien erhielt.

Der Kommandeur der bulgarischen Armee vor Tschataldscha hat den türkischen Vizegeneralissimus Izzet Pascha verständigt, daß längs der gegenwärtig von bulgarischen Truppen besetzten Marmaraküste in einer Entfernung bis zu zehn Kilometern von der Küste Unterseeminen ausgelegt worden sind. Die Pforte hat hiervon die Vertretungen der auswärtigen Staaten behufs Verständigung der Handelsschiffahrt benachrichtigt.

Die bulgarische Regierung hat der rumänischen Gesandtschaft die Liste der bulgarischen Mitglieder der drei für die Durchführung des Petersburger Protokolls vorgesehenen gemischten Kommissionen zugestellt. Die Kommissionen werden im Laufe der nächsten Woche in Silistria zusammentreten können.

Der König von Griechenland empfing in Privataudienz die früheren Ministerpräsidenten Theotokis und Zaimis, die damit beauftragt sind, den fremden Höfen das Hinscheiden König Georgs und die Thronbesteigung König Konstantins zur Kenntnis zu bringen.

Ermordung des türkischen Großwesirs Mahmud Schefket Pascha.

Ueber den Mord des türkischen Ministerpräsidenten Mahmud Schefket Pascha, dessen Veranlassung vorläufig noch nicht zu erkennen ist, werden folgende Meldungen aus Konstantinopel vom 11. Juni verbreitet:

Als der Großwesir sich heute mittag zur Pforte begab, stürzten sich zwei mit Revolvern bewaffnete Personen auf sein Auto und erschossen ihn. Der Großwesir ist der Verwundung, die er bei dem Attentat erlitten hat, erlegen.

Die näheren Umstände des Attentats

auf den Großwesir sind folgende: Als der Großwesir in Begleitung seines Adjutanten Efreff Bey und des Marineoffiziers Ibrahim Bey das Kriegsministerium verlassen hatte und auf dem Wege zur Pforte war, begegnete sein Auto auf dem Platz Bajazet zwei Personen, die vor einem anderen Auto standen und ihre Revolver auf den Großwesir abschossen. Mahmud Schefket wurde tödlich getroffen und starb bald darauf. Ibrahim Bey und ein Diener wurden verwundet.

Das Pressebüro veröffentlicht eine amtliche Bekanntmachung, derzufolge der Großwesir und Kriegsminister Mahmud Schefket Pascha, als er sich heute morgen in seinem Automobil zur Pforte begeben wollte, auf dem Bajazetplatze an einer Straßenkreuzung wegen Erdarbeiten halten lassen mußte. In diesem Augenblick gaben aus dem Publikum heraus einige unbekannte Personen mehrere Revolverschüsse gegen das Auto ab, durch die der Großwesir schwer verwundet wurde. Er wurde ins Kriegsministerium zurückgebracht, wo er eine halbe Stunde später seinen Geist aufgab. Auch sein Adjutant, der Schiffsfähnrich Ibrahim, ist von einer Kugel getroffen und getötet worden. Der Ministerrat ist im Kriegsministerium zusammengetreten. Die Militärbehörden haben die erforderlichen Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung ergriffen. Unter dem Verdacht, einer der Mörder des Großwesirs zu sein, ist ein Mann namens Topal Tewfik in einer Bedürfnisanstalt des Stadtviertels Yedikpascha verhaftet worden. Er trug zwei Revolver und mehrere Patronen bei sich. Die Polizei setzt die Untersuchung fort.

Wie die „Neue Freie Presse" aus Konstantinopel erfährt, waren bei dem Anschlag auf den Großwesir vier Personen beteiligt.

Durch ein Irade des Sultans ist der Minister des Aeußern Prinz Said Halim Pascha zum einstweiligen Großwesir ernannt worden. Der Hattihumajan (Bestellungsurkunde) ist nachmittags auf der Pforte verlesen worden. Die übrigen Minister bleiben im Amte. Der Ministerrat ist auf der Pforte zu einer Sitzung zusammengetreten.

Ein kaiserlicher Erlaß

besagt: Mein erlauchter Wesir Mehmed Said Pascha: „Der Märtyrertod des Großwesirs und Kriegsministers Mahmud Schefket Pascha hat uns tief gerührt und betrübt. Die Leitung des Großwesirats ist Ihnen übertragen worden und Sie sind zum Range eines Großwesirs befördert. In Gemäßheit dessen erwarten wir, daß Sie im Einvernehmen mit unseren jetzigen Ministern mit Eifer und Patriotismus die Staatsgeschäfte leiten werden. Möge Gott Ihnen Erfolg verleihen." Mehmed Reschid.

Die Ermordung Mahmud Schefket Paschas hat in der Stadt Bestürzung hervorgerufen. Es herrscht jetzt vollkommene Ruhe. Streifwachen durchziehen die Straßen. Der Eintritt in die Büros der Pforte und der anderen Departements ist nur unter Vorsichtsmaßregeln gestattet. Der Eintritt ins Kriegsministerium ist untersagt. Talaat wohnte dem Ministerrate bei.

Deutsches Reich.

Das Regierungsjubiläum und die Parlamente.

In verschiedenen liberalen Blättern, zuerst in der „Nationalliberalen Korrespondenz", war darüber Klage geführt worden, daß die Parlamente von den Jubiläumsfeierlichkeiten fast vollständig ausgeschlossen seien. Wie unbegründet solche Klagen sind, zeigt das folgende Programm: Der Kaiser empfängt am 16. Juni die Abordnungen der Parlamente, die Vorstände des Reichstags und des Landtags. Es sind dies nach Abzug zweier sozialdemokratischer Schriftführer, die sich nicht beteiligen, 37 Herren. Sie haben Einladungen zur Hoftafel erhalten. Festtätigungen sollen in den Parlamenten nicht stattfinden, ein Festessen ist vorläufig nur im Abgeordnetenhause vorgesehen. Das Abgeordnetenhaus dürfte am 14. Juni eine Kundgebung im Anschlusse an die Präsidentenwahl veranstalten. Die Session des Landtags wird erst am 18. Juni geschlossen.

Die Gemeinde Wien und das Regierungsjubiläum Kaiser Wilhelms.

Der Wiener Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Vizebürgermeister, die Schriftführer des Gemeinderates und der Präsidialchef des Magistrates fuhren in großem Ornate und in den Galakarossen der Kommune Wien zu dem deutschen Botschafter, um ihn zu bitten, dem deutschen Kaiser die Glückwünsche der Gemeinde Wien zu seinem Regierungsjubiläum zu übermitteln.

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger und das Spionagegesetz.

In der gestrigen, sehr zahlreich besuchten Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger in Bremen wurde mit Bezug auf den militärischen Nachrichtendienst der Presse und den Entwurf eines Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse einstimmig folgende Entschließung gefaßt: Der Verein Deutscher Zeitungsverleger erhebt lebhaften Widerspruch gegen den § 9 des Entwurfs eines Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse und gegen jede gesetzliche Bestimmung oder behördliche Maßnahme, die eine Ausschaltung der die Armee und Marine betreffenden Nachrichten und Artikel aus den Zeitungen herbeizuführen geeignet ist. Er erkennt es als eine selbstverständliche, übrigens bisher schon in hohem Maße geübte vaterländische Pflicht der Presse an, bei der Wiedergabe von Mitteilungen, welche die Landesverteidigung betreffen, die größte Sorgfalt walten zu lassen. Die Erreichung dieser Absicht wird aber nur möglich sein, wenn die Behörden im Gegensatz zu bisher vielfach geübter Zurückhaltung in Zukunft gegenüber den Aufgaben der Presse im Dienste der Allgemeinheit in dieser Beziehung mehr verständnisvolles Entgegenkommen bekunden und Einrichtungen schaffen, die den Verkehr zwischen Militärbehörden und Zeitungen in zweckmäßiger und würdiger Weise regeln.

Kleinere politische Nachrichten.

* **Zur Aufhebung des städtischen Fleischverkaufes in Berlin** wird noch berichtet, daß die gemischte Deputation zur Beratung von Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung sich vorbehält, wenn die Verhältnisse es erfordern, den Verkauf wieder aufzunehmen. Von Bedeutung für diesen Beschluß war, daß der Antrag des Magistrats an den Landwirtschaftsminister, während der heißen Jahreszeit bis zum 31. August statt der Einfuhr frischen Fleisches die Einfuhr von lebendem Schlachtvieh aus Rußland zu gestatten, nicht genehmigt worden ist. Die Deputation hat beschlossen, dem Minister von der vorläufigen Einstellung der Einfuhr frischen ausländischen Fleisches Mitteilung zu machen, um sich dadurch die Möglichkeit zu sichern, die weitere Offenhaltung der Grenzen für frisches russisches Fleisch beantragen zu können, die zunächst nur bis zum 30. September 1913 erfolgen darf. Der Verkauf des russischen Fleisches wird mit dem 21. Juni eingestellt.

* **Reichstagsersatzwahl in Waldeck.** Bei der gestrigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Waldeck-Pyrmont wurden abgegeben für Vietmeyer (wirtsch. Vg.) 5648, für Naumann (Fortschrittl. Volkspartei) 4937 und für Weddig (soz.) 1017 Stimmen, zersplittert waren 10 Stimmen. Es ist Stichwahl zwischen Vietmeyer und Naumann erforderlich.

* **Der neue Oberbürgermeister von Charlottenburg.** Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung stimmte mit großer Mehrheit dem Antrage des Magistrats zu, das etatsmäßige Gehalt des neuen Oberbürgermeisters auf 27 000 Mk. jährlich festzusetzen. Alsdann wurde Oberbürgermeister Dr. Scholz-Cassel mit 40 gegen 21 Stimmen, die Bürgermeister Dr. Maier-Charlottenburg erhielt, zum Oberbürgermeister von Charlottenburg gewählt. 6 Stimmzettel waren unbeschrieben.

Ausland.

Ein Anschlag gegen den englischen Premierminister.

Während Premierminister Asquith im Unterhause über das Finanzgesetz sprach, sprang auf der Zuschauertribüne plötzlich ein Mann auf und schleuderte ein Wurfgeschoß, welches sich später als Blumenkorb herausstellte, gegen die Ministerbank. Der Korb verfehlte jedoch Asquith und die übrigen Minister und fiel, ohne Schaden anzurichten, neben dem Stuhl des Sprechers nieder. Der Mann, der sodann eine Menge von Schmähschriften auf den Boden des Hauses warf, wurde von den Dienern entfernt. Man vermutet, daß es sich um einen Anhänger des Frauenstimmrechts handelt. Premierminister Asquith setzte unter allgemeinem Beifall seine Rede fort.

Eine Riesenagitation gegen das Homerulegesetz.

Die Unionisten beabsichtigen, wegen der Annahme der Homerulebill im englischen Unterhause, die mit 568 gegen 270 Stimmen erfolgte, im ganzen Lande eine Riesenagitation gegen das Gesetz zu entfalten. Es werden Riesenprotestversammlungen und Straßenkundgebungen geplant, um einen derartigen Druck auf die Regierung auszuüben, daß eine Annahme des Gesetzes im Oberhause verhindert wird. Der Führer der irischen Abgeordneten im Unterhause, John Redmond, erklärte, daß die Lage in Irland hoffnungsloser sei als je zuvor. Der Führer der Konservativen, Bonar Law, warf der Regierung vor, daß ihre Politik unbedingt zu Blutvergießen führen müsse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191306122-16/fragment/page=0002

Fernsprechverbindung zwischen England und der Schweiz.

Auf Veranlassung der englischen und schweizerischen Postverwaltung werden augenblicklich Versuche unternommen, um eine direkte Fernsprechverbindung London—Zürich herzustellen. Die Verbindung wird durch Vermittelung des Pariser Fernsprechamtes teils über Basel, teils über Genf geleitet werden.

Rücktritt des spanischen Ministerpräsidenten.

Im Senate wie in der Kammer teilten die Präsidenten bei Beginn der Sitzung den Rücktritt des Ministerpräsidenten Grafen Romanones mit. In beiden Häusern wurde die Sitzung darauf geschlossen.

Der Panamakanal und die amerikanische Kriegsflotte.

Eine bemerkenswerte Erklärung hat der Erbauer des Panamakanals Oberst Goethals, der sich augenblicklich in New-York aufhält, gemacht. Er sagte, daß die amerikanische Kriegsflotte bereits im Oktober dieses Jahres den Panamakanal durchfahren könne, falls sich dies im Laufe eines Krieges notwendig machen sollte.

Luftfahrt.

Wissenschaftliche Ballonfahrt.

Unter Führung von Herrn Dr. F. Giese-Bitterfeld stieg am 8. Juni der Ballon „Bitterfeld II" mit Herrn Dr. W. Kolhörster als Mitfahrer früh 7 Uhr von Bitterfeld zu einer wissenschaftlichen Ballonfahrt auf. Nachdem der Ballon in Höhen von 700—800 Metern die Elbe und schwarze Elster überflogen hatte und damit Anhaltspunkte für die Fahrtrichtung und Geschwindigkeit gewonnen waren, wurde bei weiterem Ansteigen die fast ganz geschlossene Wolkendecke durchstoßen und wiederum 4000 Meter Höhe erreicht. Fast vier Stunden verblieb der Ballon über der Wolkendecke, währenddem fast immer der Ballonschatten auf den Wolken mit einer prächtigen, bis vierfachen Gloriole beobachtet werden konnte. Die sehr glatte Landung erfolgte gegen 4 Uhr bei Neutomischel, Provinz Posen. Eine große Anzahl von Messungen der durchdringenden Strahlung wurde neben meteorologischen Beobachtungen durchgeführt; die Mittel gewährte wiederum der Aerophysikalische Forschungsfonds zu Halle.

Verkauf der „Sachsen" an Oesterreich?

Wie die Wiener „Zeit" aus militärischen Kreisen erfährt, sind zwischen der Deutschen Luftschiffahrts-A.-G. und der österreichischen Militärverwaltung Unterhandlungen angebahnt worden, welche auf den Verkauf des Luftschiffes „Sachsen" an Oesterreich abzielen. Graf Zeppelin soll in dieser Angelegenheit bereits im österreichischen Kriegsministerium vorgesprochen haben.

Der französische Flieger Brindejonc,

der am 10. Juni, abends 8 Uhr, in Warschau gelandet war, beabsichtigt, in zwei Tagen nach Petersburg weiterzufliegen.

Vermischtes.

Abgestürzt. Wie der „Bote aus dem Riesengebirge" meldet, ist am Sonntag bei einer Kletterpartie durch die Handschuhrinne am Brunnenberg, einer äußerst schwierigen, aber wiederholt von geübten Bergsteigern ausgeführten Wanderung, der Monteur Seidenschwanz aus Hagen in Westfalen abgestürzt. Die Leiche ist geborgen worden.

Kanaken-Aufstand in Neukaledonien. Aus Wellington (Neu-Seeland) wird gemeldet, daß der Kreuzer Phramus nach Noumea abgegangen ist, weil in Neukaledonien ein Kanaken-Aufstand ausgebrochen ist. Ein Missionar soll ermordet worden sein.

Gerichtssaal.

Der angebliche Raub in der Lotterie-Einnahme.

(Fortsetzung.)

Aus den Aussagen der Zeugen ist folgendes hervorzuheben: Zu einer Bekannten äußerte die Angeklagte im Winter einmal, sie wolle diesen Sommer eine Reise an die See machen.

Die Witwe des früheren Chefs der Angeklagten, des Hauptmanns F., bekundete, Fräulein Meinig habe ihre Pflicht zur Zeit ihres Mannes voll und ganz getan. Ihr Mann habe sich sehr genau um das Geschäft gekümmert und sei peinlich eigen gewesen; dennoch habe er sich stets sehr zufrieden mit der Kassiererin gezeigt. Auch nach dem Tode des Hauptmanns habe Fräulein Meinig der Witwe sehr gute Dienste geleistet und deshalb auch Geschenke von ihr erhalten. Die Kasse habe tadellos gestimmt. Erst später sei dem Fräulein Meinig mit einer Lüge an sie herangetreten, während früher auch in dieser Beziehung nie über sie zu klagen gewesen sei. Fräulein M. habe nämlich behauptet, die Witwe habe bei der Abrechnung 400 Mark zu viel erhalten, und diese angeblich überschüssige Summe zurückverlangt. Das Geld sei auch in gutem Glauben zurückgegeben, bis sich herausstellte, daß Fräulein Meinig den Betrag für sich selbst verbraucht und sich nur durch eine falsche Angabe zu verschaffen gewußt hatte. In Kleidung und Lebensweise hielt sich die Angeklagte in jener früheren Zeit sehr einfach und bescheiden. Ihr Gehalt betrug anfangs 55 Mark und stieg allmählich auf 70 Mark.

Seit Oktober v. J. hatte die Angeklagte, die früher bei ihrem Vater wohnte, eine besondere Wohnung für eine Monatsmiete von 40 Mark inne. Während der Vernehmung ihrer damaligen Zimmerwirtin, die über ihren Lebenswandel und ihren Verkehr mit Herren eingehend befragt wurde, erfolgte wiederum Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Ein Zeuge gab an, Viehhändler hätten sich viel um Fräulein M. bemüht. Er habe ihr auch einmal offen gesagt, sie könne sich viel Geld verschaffen, wenn sie mit solchen verkehre. Sie habe aber erwidert, so etwas tue sie nicht.

Major R., der das Bureau im Mai 1912 von der Witwe des Hauptmanns F. übernahm, behielt Fräulein M. als Kassiererin, weil sie ihm von Frau F. sehr empfohlen wurde. Auch er brachte ihr großes Vertrauen entgegen. Der Kriminalpolizei erklärte er, als ihm nach seiner Rückkehr von der Berliner Reise die angebliche Beraubung seiner Kassiererin mitgeteilt wurde, sehr entschieden, er traue Fräulein M. nicht zu, daß sie so etwas fingiert haben könne. Er glaubte an die Beteuerungen, die sie ihm unter Tränen von ihrer Unschuld machte, und verwandte sich für ihre Freilassung. Auf seine wiederholten Fragen, wo denn wohl der Fehlbetrag von 4078 Mark geblieben sein könne, versicherte sie stets, sie wisse es wirklich nicht; sie habe an dem Verschwinden des Geldes wahrhaftig keine Schuld. Gegen Einbruchsdiebstahl war er versichert, was der Angeklagten auch bekannt war.

Um 3½ Uhr nachmittags wurde die Verhandlung abgebrochen und bis auf Donnerstag vormittag 10½ Uhr ausgesetzt.

*

— **Verurteilung eines Justizrats.** Die Kölnische Strafkammer verurteilte den Justizrat Leydendecker wegen Unterschlagungen und Veruntreuung von Mündelgeldern in Höhe von 250 000 Mark zu zwei Jahren acht Monaten Gefängnis. Leydendecker hatte sich durch Spekulationen in Schwierigkeiten gebracht und sich infolgedessen an ihm anvertrauten Geldern vergriffen, war dann nach London geflüchtet, von wo er an Deutschland ausgeliefert wurde.

Aus Halle und Umgebung.

Halle, den 12. Juni.

Der konservative Verein für Halle und den Saalkreis

hielt gestern Dienstag im „Goldenen Schiffchen" ein geselliges Beisammensein ab, zu welchem sich eine ganze Anzahl Mitglieder eingefunden hatte. Zunächst kamen nochmals die Landtagswahlen zur Sprache. Die Erfahrungen, die man in diesem Jahre gemacht hat, sollen bei der nächsten Wahl verwertet werden. Sodann berichtete ein Mitglied über die Eindrücke, die es bei seiner kürzlich erfolgten Reise nach Metz von der dortigen Bevölkerung erhalten hat. Wenn auch das Deutschtum dort bei weitem im Vordergrunde steht, so scheint doch die alte Zuneigung zu den Franzosen durch gewissenlose Hetzer immer wieder geweckt zu werden, so daß ein scharfes Eingreifen der Regierung wohl zu wünschen wäre. Ein ehemaliger Soldat aus den Reichslanden ergänzte die sehr interessanten Ausführungen durch Erzählungen aus seine Militärzeit.

Letzte Telegramme.

Stimmen der Presse über die Rede des Reichskanzlers.

Berlin, 12. Juni. Zu der Erklärung des Reichskanzlers in der gestrigen Reichstagssitzung sagt die Kreuzzeitung: Aus der ganzen Rede ging deutlich der feste Entschluß hervor, auf eine rechtzeitige Erledigung des ganzen Werkes zu bestehen und zur Durchsetzung dieser Forderung alle, auch die letzten Konsequenzen zu ziehen. Seine Erklärung läßt gar keinen Zweifel darüber, daß er auch einer Verweigerung der Mittel gegenüber genau die gleichen Konsequenzen zu ziehen bereit ist, wie bei Ablehnung der Heeresvorlagen.

Die Voss. Ztg. schreibt: Der Reichskanzler hat fest betont, daß die Heeresverstärkung unverzüglich ins Werk gesetzt werden muß. Das heißt klar und bündig, wenn die Konservativen oder das Zentrum die Wehrvorlage zu Fall bringen, weil die Deckungsfrage noch nicht gelöst sei, so wird der Reichstag aufgelöst. Daß er die Wehrvorlagen nicht verabschieden werde, ehe die Einigkeit über die Deckungsvorlagen erfolgt ist, hat er nicht erklärt. Das bedeutet, er hat sich das Dogma von der Gleichzeitigkeit nicht angeeignet. (Dann wäre mit der Wehrvorlage nicht gleichzeitig die Deckungsvorlage von der Regierung eingebracht worden.)

Der Zar als ernster Warner gegenüber den Balkanstaaten.

Petersburg, 12. Juni. Der Kaiser hat an den König von Bulgarien und an den König von Serbien ein Telegramm gerichtet, in dem er u. a. seiner peinlichen Empfindung darüber Ausdruck gibt, daß die geplante Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der vier Balkanstaaten nicht zur Ausführung gekommen sei, und daß die Balkanstaaten sich anscheinend auf einen Bruderkrieg vorbereiteten, der geeignet sei, den Ruhm, den sie sich gemeinsam erworben haben, zu trüben. Das Telegramm schließt:

Da ich das Schiedsrichteramt nicht als ein Vorrecht, sondern als meine ernste Pflicht betrachte, der ich mich nicht entziehen könnte, so glaube ich Ew. Majestät mitteilen zu müssen, daß ein Krieg zwischen den Verbündeten mich nicht teilnahmslos lassen könnte. Ich stelle ausdrücklich fest, daß der Staat, der diesen Krieg beginnen würde, dafür der slawischen Sache gegenüber verantwortlich wäre, und ich behalte mir jede Freiheit für die Haltung vor, die Rußland gegenüber dem Ausgange eines so verbrecherischen Kampfes einnehmen wird.

Soldaten-Erkrankungen.

Dresden, 12. Juni. Aus dem Truppenübungslager Königsbrück wird berichtet, daß eine Anzahl Soldaten an einem der letzten heißen Tage bei einer Uebung erkrankte und ins Lazarett gebracht werden mußte. Ein Soldat ist gestorben. Die anderen sind noch in ärztlicher Behandlung.

Der sozialdemokratische Parteitag wieder in Jena.

Berlin, 12. Juni. Der sozialdemokratische Parteiausschuß hat in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand beschlossen, den diesjährigen Parteitag vom 14. September ab in Jena abzuhalten. (In Jene ists bene!)

Rosegger Ehrendoktor der Wiener Universität.

Wien, 12. Juni. Die philosophische Fakultät beschloß, Peter Rosegger zu seinem 70. Geburtstage am 31. Juli zum Ehrendoktor der Wiener Universität in Vorschlag zu bringen.

Börsen- und Handelsteil.

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide. Hülsenfrüchte. Futtermittel.

Berliner Frühmarkt. (Amtl. Notierungen.) Berlin, 11. Juni.

Weizen (Normalgew. 755 g):	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	200—202
do. abfall.	186
Juli	——
September	——
Oktober	——
Roggen (Normalgew. 712 g):	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	163
Juni	——
Juli	——
September	——
Dezember	——
Gerste (per 1000 kg)	
Futterg., leichte inl.	152—157
do. schwere	158—167
Wintergerste, inländ.	——
russ. u. Donau leichte	147—150
amerikan.	141—143
Hafer (Normalgew 450 g):	
Inl.**) fein (p. 1000 kg)	174—193
do. mittel do.	162—173
do. gering do.	——
mit Geruch	——
Mais (p. 1000 kg) frei Wagen:	
Amerik. mix.	151—154
runder	150—158
Odessa	——
weißer Natal	——
Erbsen (per 1000 kg):	
Inl. u. russ. Futterware mittel	167—178
feine Taubenerbsen	178—198
Viktoriaerbsen	——
Kleine Kocherbsen	——
Weizenmehl (per 100 kg)	
Nr. 00 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	24.00—28.50
Roggenmehl (per 100 kg):	
Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	20.10—22.50
Weizenkleie:	
grobe und feine	10.75—11.30
Roggenkleie	10.90—11.40
Seradella	——
Lupinen, gelbe	——
blaue	——

Mittagsbörse. (Notierung der Produktenbörse.)

Weizen (Normalgew. 755 g):	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	200—202
Juni	——
Juli	208¾—209—208¾
Sept.	203½—203¾
Okt.	203¾—204
Dezember	204¼—204¾
Roggen (Normalgew. 712 g):	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	163—164
Juli	167½—168½
Sept.	167¼
Oktbr.	167¾—168
Dezbr.	168¼—168½
Mais (ohne Ung. d. Prov.):	
amerikan. mixed	150—153
runder	156 (ab Bahn u. Kahn)
Juni	——
Hafer (Normalgew. 450 g):	
inländ. fein	168—188
mittel	158—167, gering ——
Juni	——
Juli	162¼
Sept.	164¼—163¾
Weizenmehl (per 100 kg):	
Nr. 00 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	24.00—28.50 (feinste Marken über Notiz).
Roggenmehl (per 100 kg):	
Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	20.20—22.50
Juni —.—, Juli —.—	
Rüböl (per 100 kg in Faß):	
Juni	—.—
Oktbr.	66.40—66.80 G.
Novbr.	—.— Br.

Weizen: abfallender 186—196.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Magdeburg,** 11. Juni. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Partität frei Magdeburg, netto Kasse 27,25—27,75 Mk. Tendenz: ruhig.

— **Berlin,** 11. Juni. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl Juni-Juli 26,50 Mk.

Spiritus.

— **Hamburg,** 11. Juni. Spiritus ruhig, Juni 33 G., Juni-Juli 33 G., Juli-August 33 G.

— **Paris,** 11. Juni. Spiritus ruhig. Juni 42,25, Juli 42,00, Juli-August 42,00, September-Dezember 42,25.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln,** 11. Juni. Rüböl loko 69,50, Oktober 68,00.

— **Hamburg,** 11. Juni. Rüböl stetig, loko verzollt 68,00.

— **Amsterdam,** 11. Juni. Leinöl fest, loko 27¼, Juli 26½, Juli-August 26¼, September-Dezember 25½.

— **Paris,** 11. Juni. Rüböl ruhig, Juni 78,00, Juli 78,00, Juli-August 77,75, September-Dezember 74,25.

Zucker.

W. Hamburg, 11. Juni. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per 50 Kilo per Juni 9,30, per Juli 9,37½, per August 9,57½, per Oktbr.-Dezbr. 9,70, per Januar-März 9,87½, per Mai 10,00. Tendenz: ruhig.

W. London, 11. Juni. Rüben-Rohzucker 88 % Jun 9 sh. 1¾ d. Wert, ruhig. Javazucker 96 % prompt 10 sh. — nom., ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg,** 11. Juni. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) Septbr. 51¼ G., Dezbr. 51¼ G., März 51¼ G., Mai 51¼ G. Tendenz: stetig.

— **Amsterdam.** 11. Juni. Java-Kaffee, good ordinary, fest, loko 46.

— **Havre,** 11. Juni. Kaffee. Good average Santos Septbr. 63 Dezember 63¼, März 64, Mai 64. Tendenz: stetig.

W. Rio de Janeiro, 10. Juni. Kaffee. Zufuhren 6000 Sack in Rio, 9000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen,** 11. Juni. Baumwolle, ruhig. Upland middling loko 61,00 Mk.

— **Antwerpen,** 11. Juni. Wolle. La Plata-Kammzug Type B Juni 6,07½, März 5,75 Käufer. Tendenz: Ruhig.

— **Liverpool,** 11. Juni. Baumwolle. Umsatz 12000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Stetig.

Amerikanische middling Lieferungen: Ruhig. Per April —,—, per Juni-Juli 6,47, per Juli-August 6,45, per August-Sept. 6,35, per Septbr.-Oktober 6,22, per Oktbr.-Novbr. 6,15, per November-Dezember 6,11, per Dezbr.-Januar 6,10, per Januar-Februar 6,10, per Februar-März 6,11, per März-April 6,12.

Metalle.

— **Amsterdam,** 11. Juni. Bancazinn schwach, loko 125.

— **London,** 11. Juni. Blei, span., 20⅝ Lstrl., engl. 20⅝ Lstrl., Zinn 206¼ Lstrl., Zink 23 Lstrl., Chili-Kupfer 65⅝ Lstrl., 3 Monate 65⅝ Lstrl.

— **Glasgow,** 11. Juni. (Schlußbericht.) Roheisen flau. Middlesborough Warrants per Kasse 54 sh. 4 d.

Tiere und tierische Produkte.

— **Berlin,** 11. Juni. Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Es standen zum Verkauf: 237 Rinder darunter 157 Bullen, 29 Ochsen, 51 Kühe und Färsen); 2387 Kälber, 671 Schafe, 17 864 Schweine. Die Preise verstehen sich für 1 Ztr. Lebend- oder Schlachtgewicht. Ochsen, Bullen, Kühe, Jungvieh fehlen. Kälber: A. 90—100 (129—43), B. 67 bis 68 (112—113), C. 62—65 (103—108), D. 55—60 (96—05) ℳ, E. 40—50 (73—91). Schafe: Stallmastschafe: A. 46—48 (92—96), B. 42—45 (84—90), C. 37—41 (77—85), D. —— (——) ℳ, Weidemastschafe: A. ——, B. —— ℳ. Schweine: A. — (—), B. 54 (66—67), C. 51—53 (64—66), D. 50—52 (63—65), E. 48—51 (60—64), F. 49—50 (61—62) ℳ. Vom Rinderauftrieb blieb nichts übrig. Der Kälberhandel gestaltete sich glatt. Bei den Schafen war der Geschäftsgang lebhaft. Der Schweinemarkt verlief ruhig.

Magerviehhof in Friedrichsfelde. (Amtlich.)

⊙ **Friedrichsfelde,** 11. Juni. Auftrieb: 2356 Schweine, 465 Ferkel. Verlauf des Marktes: Mittelmäßiges Geschäft. Es wurde gezahlt im Engroshandel für Käuferschweine: 7—8 Monate alt 53—66 ℳ, 5—6 Monate alt 37—52 ℳ. Fälle: 3—4 Mon. 27—36 ℳ. Ferkel: 9—13 Wochen alt 22—26 ℳ, 6—8 Wochen alt 19—21 ℳ.

Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 11. Juni. Roter Winter-Weizen loko —,—, per Mai —,—, per Juli 99¼, per Sept. 97⅞, per Dezbr. —,—. Mais per Mai —,—, per Juli —,—, per Sept. —,—. Mehl 3,95. Getreidefracht nach Liverpool 2⅜.

W. Chicago, 11. Juni. Weizen per Juli 91½, per Sept. 90⅞, per Dez. 92⅞. Mais, per Juli 59⅝, per Sept. 60, per Dez. 57¾.

W. New-York, 11. Juni. Petroleum Standard white in New-York 8,70, do. in Philadelphia —,—, do. in Refined Cases 11,00, do. Credit Balances at Oil City 2,50. Kupfer 14,25—14,62.

W. New-York. 11. Juni. Schmalz Westernsteam 11,30, Rohe und Brothers 11,65.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Siehe auch die Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe.)

Straßfurt 10. Juni + 1.30, 11. Juni + 1.30. Grochlitz + 0.90, + 0.96. Nebra Obp. + 2.10, + 2.08. Nebra Unterp. + 1.48, + 1.46. Brücken. + —, + —. Kösen + 0.70, + 0.64. Weißenfels Unterp. + 0.34, + 0.12. Trotha + 1.70, + 1.66. Alsleben + 1.20, + 1.10. Bernburg + 0.84, + 0.75. Calbe Obp. + 1.49, + 1.48. Calbe Utp. + 0.35, + 0.28. Grizehne + 0.46, + 0.43.

Verantwortlich: Für Politik u. Feuilleton: Rechtsanwalt Dr. iur. Straffer und Max Ebeling; für Provinz und Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: i. V. H. Mieschner; für Oertliches: Heinrich Mieschner; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle (Saale). — Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich, sondern lediglich „An die Redaktion der Hallenschen Zeitung in Halle (Saale)" zu adressieren. — Sprechstunden der Redaktion für Politik, Feuilleton und Theater von 10—11 Uhr, für die übrigen Ressorts von 8—1 Uhr mittags.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) **Filiale Halle a. S.,** Alte Promenade 3, gegenüb. d. Stadttheat. | **Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191306122-16/fragment/page=0003

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:
A 1.Jan. | 4 1.Apr. | 7 1.Juli | O 1.Okt. | a 1.1.7. | d 1.4.10. | g 15.3.9. | k 15.6.12. | q1 quartaliter 1.1.4.7.10.
B 1.Fbr. | 5 1.Mai | 8 1.Aug. | N 1.Nov. | b 1.2.8. | e 1.5.11. | h 15.4.10. | l 14.6.12. | q2 do. 1.2.5.8.11.
C 1.Mrz. | 6 1.Juni | 9 1.Sept. | D 1.Dez. | c 1.3.9. | f 1.6.12. | i 15.5.11. | v versch. | q3 do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 11. Juni 1913

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.
Berlin. Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuß 7%, Privatdiskont 5⅝%.
Nachdr. verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.				Mannh01 06	b	4	94.90G	Türk.Bagd.2	a	4	77.50bG
Dt.Rchs.Sch.	a	4	98.80bG	Mind. 95/02	v	3½	84.25G	do. unif. 03	c	4	85.75G
do. 1.4.15	d	4	98.40bG	MülheimRhr.	d	3½	—.—	do. do. 05	c	4	75.25G
do. 1.5.16	a	4	98.40bG	München 94	v	3½	87.50G	do. do. 08	a	4	75.00G
Dt.Rchs.-Anl	v	4	98.20b	do. 07 u. 13	d	4	95.10G	do. Zoll-Obl.	a	4	75.00bG
do. do.	v	3½	85.10bG	do. 1908/11	e	4	95.00G	do. 400Fr.-L	—	frc.	155.00G
do. do.	v	3	75.00bG	Nürnb99/01	v	4	94.25b	Ung. Goldrt.	a	4	82.50G
Dt. Schutzg.	a	4	95.75bG	do. 1896/98	v	3½	86.50G	do. kleine	a	4	83.50bG
Pr.St.Schatz	d	4	98.40bG	Offenb. u.15	b	4	94.10b	do.Kronenrt.	f	4	—.—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191306122-16/fragment/page=0004

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuß vor den Kursen angegeben. Sämtliche Industrie-, Bank- und Bahn-Aktien werden franko Zinsen gehandelt. Der Dividendenschein wird erst nach der Generalversammlung getrennt. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genußscheine werden ebenfalls frei von Zinsen in Mark pro Stück, notleidende Papiere in Prozenten notiert.